

Konzept gegen Rechts beschlossen

Rat will einem Rechtsruck in der Stadtgesellschaft vorbeugen und aktiv dagegenhalten. Alle Akteure sollen an einem Strang ziehen und institutionell begleitet werden

Von Andrea Rickers

Rechtsextreme und rassistische Tendenzen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft will der Oberhausener Rat nicht länger hinnehmen. Die Oberhausener Kommunalpolitiker haben deshalb in der Sitzung vor der Sommerpause eine zwölf Punkte umfassende Liste von Handlungsempfehlungen beschlossen.

Vielfalt, Solidarität, Wertschätzung

Entwickelt haben die Empfehlungen Mitarbeiter des Programms „NRWeltoffen“. Ein Projekt, das seit Ende 2017 in Oberhausen mit Mitteln des Landes gefördert wird. Der Auftrag: Ein kommunales Handlungskonzept gegen Rechts erarbeiten. „Unser Gedanke ist“, sagte Gedenkhallenleiter Clemens Heinrichs, als das Projekt vor anderthalb Jahren an den Start ging, „dass es höchste Zeit ist, gemeinsam mit den vielen bereits Aktiven zu überlegen, wie wir zusammen dem spürbaren Rechtsruck verstärkt begegnen. Wir wollen uns auch hier in Oberhausen

dazu verhalten, dass rassistische und menschenfeindliche Haltungen in unserem Alltag, in der Politik, aber auch im Miteinander in der Stadt und darüber hinaus eine leider immense Rolle spielen.“

„Wir wollen uns auch hier dazu verhalten, dass rassistische und menschenfeindliche Haltungen im Alltag, in der Politik, aber auch im Miteinander eine leider immense Rolle spielen.“

Clemens Heinrichs, Gedenkhallenleiter

Der Blick auf zurückliegende Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen zeigt, dass auch in Oberhausen rechtspopulistische (AfD) oder extrem rechte Parteien wie die Nationaldemokrati-

sche Partei Deutschland (NPD), Die Republikaner (REP) oder Die Rechte ihre Stimmen bekommen – entweder über die Listenwahl oder teilweise auch mit Direktkandidaten. „Im Herbst 2020 wird in Nordrhein-Westfalen in den Kommunen gewählt“, heißt es im Analysepapier von „NRWeltoffen“. Und weiter: „Es ist davon auszugehen, dass sich zu den Kommunalwahlen 2020 Vertreter_innen rechter bzw. rechtspopulistischer Parteien auch in Oberhausen aufstellen lassen. Ihr Einzug in den Rat und in die Bezirksvertretungen der Stadt Oberhausen ist mit Blick auf die jüngeren Wahlergebnisse, die die AfD bei der Landtags bzw. Bundestagswahl 2017 in Oberhausen für sich reklamieren konnte, anzunehmen.“

Anders als in anderen Kommunalparlamenten wie zum Beispiel in Dortmund, gibt es bisher keine Parteien aus diesem Spektrum im Oberhausener Rat. Aber beim Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus geht es nicht nur um den politischen Raum, sondern um alle

gesellschaftlichen Bereiche in der Stadt. Alle Akteure in der Stadt, egal ob in der Verwaltung oder in anderen Institutionen, sind dem Leitgedanken verpflichtet, „in einer auf Demokratie, Menschenrechten, Vielfalt und Toleranz, Solidarität, Wertschätzung von Diversität und einer für das Miteinander der Vielen basierenden Gemeinschaft leben zu wollen“, heißt es in der Beschlussvorlage für den Rat.

Schulungen im Themenfeld Rassismus

So hat der Rat unter anderem beschlossen, dass die Verwaltung prüft, „ob Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen im Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus zum festen Bestandteil des Aus- und Fortbildungsprogramms“ im Rathaus werden sollen und für Führungskräfte verpflichtend sind. Zum beschlossenen Handlungskonzept gehören neben der Zusage, alle Akteure zu unterstützen auch der Auftrag weitere Fördermittel einzuwerben sowie ein Konzept für ein „Demokratiebüro“ zu erarbeiten (siehe Infobox).

Institution gegen Demokratiefeinde

■ Koordiniert wird „NRWeltoffen Oberhausen“ von **Clemens Heinrichs** (Leiter der Gedenkhalle) und **André Wilger**. Dirk Paasch von „Demokratie leben!“ unterstützt gemeinsame Projekte.

■ Die Stadt Oberhausen wurde im Juni 2015 in das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** im Bereich lokale Partnerschaft für Demokratie aufgenommen. Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland Städte, Landkreise und kommunale Zusam-

menschlüsse unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ aufzubauen.

■ Der Rat hat nun die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit beiden Programmen ein **Konzept für ein „Demokratiebüro“** (der Begriff müsse noch geklärt werden) zu entwickeln. Damit soll die Arbeit gegen Demokratiefeinde institutionalisiert werden und zur festen Einrichtung werden. Träger des Büros soll **nicht die Stadt** sein.



Die Partei „Die Rechte“ ist auch in Oberhausen aktiv. Hier ein Bild von einer Demonstration von Parteianhängern in Dortmund im Mai. FOTO: ANDRÉ HIRTZ